

B e s c h l u s s

Schulsozialarbeit weiter bedarfsgerecht ausbauen

Der Landtag hat in seiner 137. Sitzung am 6. Juni 2024 folgenden Beschluss gefasst:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Schulsozialarbeit hat sich in den letzten Jahren in Thüringen hervorragend entwickelt und ist längst ein unverzichtbarer Bestandteil des Lern- und Lebensorts Schule geworden. Rund 520 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind derzeit an 485 Thüringer Schulen tätig. Damit profitiert rund die Hälfte der Schulen im Freistaat von Schulsozialarbeit. Sie wird vom Land in diesem Jahr mit mehr als 26 Millionen Euro gefördert.
2. Damit ist ein wichtiges Zwischenziel auf dem Weg zu einem flächendeckenden bedarfsgerechten Ausbau der Schulsozialarbeit erreicht. Die Erfahrungen der Jugendpolitik, insbesondere in der Pandemiezeit, zeigen jedoch, dass weitere, an den realen Bedarfen vor Ort orientierte Ausbauschnitte zwingend notwendig sind. Das bestätigt auch die bundesweite fachpolitische Diskussion. Das Ziel aller Bestrebungen ist es daher, Schulsozialarbeit an allen Schulen zu etablieren. Dementsprechend müssen die in § 19 a Abs. 3 Satz 1 ThürKJHAG festgeschriebenen Landesmittel für die Schulsozialarbeit schrittweise weiter erhöht werden, denn nur so kann es gelingen, flächendeckend ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen.

II. Die Landesregierung wird gebeten,

1. dafür Sorge zu tragen, dass die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung den Bedarf an Schulsozialarbeit in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten anhand geeigneter Indikatorensets ermitteln; aus dieser Bedarfsermittlung sollen dann konkrete und auch finanziell untersetzte Angebote an Schulsozialarbeit durch die jeweiligen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe abgeleitet werden;
2. dem für Jugendhilfe zuständigen Ausschuss des Landtags im Rahmen des nach § 19 a Abs. 3 Satz 2 ThürKJHAG zu erstattenden Berichts über den erreichten Ausbaustand der Schulsozialarbeit, den Grad der Bedarfsdeckung in den einzelnen Landkreisen

und kreisfreien Städten sowie die weiteren nötigen Ausbauschritte mit dem Ziel eines flächendeckend bedarfsgerechten Angebots an Schulsozialarbeit zu berichten.

Birgit Pommer
Präsidentin des Landtags